

Vorbemerkung

Die tabellarische Darstellung enthält die jeweilige Position der Staatsregierung zu den neun Bürgervorschlägen. Da manche Bürgervorschläge mehrere Aspekte enthalten, werden diese Vorschläge in der folgenden Tabelle nochmals unterteilt.

Themenfeld Wirtschaft und Soziales

Bürgervorschlag	Position der Staatsregierung
Existenzsicherung aus eigener Kraft	
Einsatz für gerechte Lohnentwicklung, die Existenzsicherung aus eigener Kraft (ohne „Aufstockung“) ermöglicht / Einführung von Existenz sichernden Mindestlöhnen, insbesondere in einkommensschwachen Branchen (Dienstleistungen, Pflegeberufe)	<p>Die Lohnfindung ist zunächst Aufgabe von Unternehmen und Gewerkschaften. Einen einheitlichen, von staatlicher Seite festgesetzten Mindestlohn für alle Branchen und Regionen sieht die Staatsregierung deshalb kritisch. Allerdings können verbindliche Untergrenzen sinnvoll und notwendig sein, die sich auf Branchen beziehen. Angesichts der demografischen Veränderungen werden die sächsischen Unternehmen ohnehin verstärkt Löhne zahlen müssen, die national und international wettbewerbsfähig sind.</p> <p>Aktuell gibt es in 12 Branchen einen Mindestlohn, darunter: Abfallwirtschaft, Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen, Gebäudereinigung, Pflegebranche, Sicherheitsdienstleistungen, Arbeitnehmerüberlassung. Beispiel: In der Pflegebranche beträgt der Mindestlohn 7,75 € für die ost-deutschen Länder.</p>
Wirtschaftsförderung durch Bürokratieabbau	
Bürokratische Hürden für Wirtschaft und Mittelstand abbauen	<p>Es ist eine wichtige und ständige Aufgabe, Bürokratie abzubauen bzw. eine Zunahme zu verhindern. Dabei sind auch alle Bereiche der Förderpolitik immer wieder auf Entbürokratisierung zu überprüfen. Ein Mindestmaß an Kontrolle jedoch ist im Bereich der Förderung notwendig, um Missbrauch zu verhindern.</p> <p>Sachsen hat bereits die Förderung für den Mittelstand mit Blick auf Bürokratieabbau und Mittelstandsfreundlichkeit überarbeitet und deutlich entschlackt. Im Jahr 2013 soll diese weiter überarbeitet und novelliert werden. Zudem wurden Vereinfachungen im Rahmen der ESF-Förderungen (ESF = Europäischer Sozialfonds, EU) erreicht.</p>

Bürgervorschlag	Position der Staatsregierung
	<p>Bürokratieabbau hat es auch beim Ladenöffnungsrecht und im Gaststättenrecht gegeben. Hier wurden unter anderem Genehmigungs- durch Anzeigeverfahren ersetzt, was zu leichteren und schnelleren Verfahren für Gewerbetreibende führt. Auch hat der Freistaat Genehmigungserfordernisse abgebaut und die Möglichkeit der bundeseinheitlichen Anerkennung von Zulassungen erreicht.</p> <p>Die Staatsregierung wird bei den regelmäßig stattfindenden Gesprächen mit Kammern und Verbänden das Thema Bürokratieabbau aufrufen, um weitere Hemmnisse zu identifizieren und Lösungen herbeizuführen.</p>
<p>Möglichkeiten zur nachhaltigen Entwicklung für sächsische Unternehmen schaffen (Ziel: Unternehmen sollen neue Projekte und Technologien in kürzeren Zeiträumen umsetzen können)</p>	<p>Die vorhandenen Programme zielen auf eine nachhaltige Entwicklung der Unternehmen. Die Staatsregierung wird in Kürze eine Innovationsstrategie vorlegen. Eine schnellere und erfolgreiche Markteinführung neuer Produkte steht dabei im Vordergrund. Der Freistaat möchte ein auf Innovationen gestütztes, überregional orientiertes Wachstum der Unternehmen fördern. Dabei sollen Innovationspotenziale genutzt und Innovationshemmnisse beseitigt werden.</p>
<p>Gründung eines Gremiums mit Vertretern von Wirtschaft und Wissenschaft zum Bürokratieabbau im Bereich der Mittelstandsförderung. Staatsregierung soll auf fachliche Kompetenz, schnelle Umsetzung und Kontrolle von Festlegungen achten.</p>	<p>Die Staatsregierung wird einen Normenkontrollrat einberufen. Dieses Gremium hat die Aufgabe, die Staatsregierung bei ihren Maßnahmen zum Bürokratieabbau zu unterstützen. Zu den sechs ehrenamtlichen Mitgliedern werden Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft gehören.</p>
<p>Förderung von Mittelstand und Kleinbetrieben</p>	
<p>Unbürokratisches, nachhaltiges Förderprogramm erarbeiten und in Kraft setzen</p>	<p>Der Grundsatz, Förderangebote übersichtlich zu gestalten und auf eine langfristige Stärkung des Standortes Sachsen auszurichten, entspricht der Förderpolitik der Staatsregierung. Eine zielgerichtete Förderung erfordert aber auch differenzierte und spezialisierte Programme. Sachsen und der Bund bieten folglich eine Vielzahl an Förderangeboten an, allein in Sachsen über 280. Daher sieht die Staatsregierung ein neues Förderprogramm kritisch.</p>

Bürgervorschlag	Position der Staatsregierung												
<p>Chancengleichheit von Klein-, Mittel- und Großbetrieben erhöhen; gerechte Verteilung und Kontrolle</p>	<p>Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) stehen im Mittelpunkt der Förderung in Sachsen. Mittelstandsprogramme (Zuschüsse, Darlehen, Beteiligungskapital) richten sich ausschließlich an KMU, ebenso überwiegend die Bürgerschaftsangebote. In der einzelbetrieblichen Investitionsförderung erhalten KMU höhere Fördersätze als Großunternehmen. Dabei ist die Verteilung von Fördermitteln von den Anträgen und der Förderfähigkeit abhängig. Auch die Förderstatistik zeigt, dass KMU im Mittelpunkt der Förderung stehen. Bewilligungen 2010 – 2012:</p> <table data-bbox="763 507 1756 644"> <thead> <tr> <th><u>Unternehmensgröße</u></th> <th><u>Zahl der Fälle</u></th> <th><u>Zuschuss (in Mio. €)</u></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>kleine Unternehmen</td> <td>1.248</td> <td>317,9</td> </tr> <tr> <td>mittlere Unternehmen</td> <td>368</td> <td>244,6</td> </tr> <tr> <td>größere Unternehmen</td> <td>200</td> <td>393,4</td> </tr> </tbody> </table>	<u>Unternehmensgröße</u>	<u>Zahl der Fälle</u>	<u>Zuschuss (in Mio. €)</u>	kleine Unternehmen	1.248	317,9	mittlere Unternehmen	368	244,6	größere Unternehmen	200	393,4
<u>Unternehmensgröße</u>	<u>Zahl der Fälle</u>	<u>Zuschuss (in Mio. €)</u>											
kleine Unternehmen	1.248	317,9											
mittlere Unternehmen	368	244,6											
größere Unternehmen	200	393,4											

Themenfeld Infrastruktur

Bürgervorschläge	Position der Staatsregierung
Äußere und innere Sicherheit erhöhen	
<p>Polizeipräsenz erhöhen</p> <p>Kontrollen in Verbindung mit Drogenproblematik, Diebstahl- und Gewaltdelikten</p>	<p>Seit dem Jahr 2012 stellt Sachsen jährlich bis zu 300 neue Polizeibeamte ein. Zudem wurden bereits viele Polizisten höher eingruppiert und werden künftig besser bezahlt.</p> <p>Die Polizeireform 2020 soll Polizisten von Verwaltungsaufgaben entlasten und mehr Präsenz ermöglichen. Das Innenministerium wird diese Reform konsequent umsetzen und die Öffentlichkeit über die jeweiligen Schritte unterrichten. Zudem wird erwogen, das Engagement von Bürgerpolizisten auszuweiten und auch somit noch mehr Präsenz zu zeigen.</p> <p>Im Bereich der Rauschgiftkriminalität wird ein Konzept des Landeskriminalamtes zur Bekämpfung dieser Kriminalität (speziell Schmuggel und Handel mit „Crystal“) erarbeitet und umgesetzt. Die Zusammenarbeit insbesondere mit tschechischen Behörden wird weiter verbessert.</p>
<p>Zivilcourage unterstützen</p>	<p>Zivilcourage stärkt das demokratische Gemeinwesen. Sie setzt Intoleranz und Hass deutliche gesellschaftliche Grenzen. Dies ist auch zentrales Anliegen der Staatsregierung.</p> <p>Mit dem Programm „Weltoffenes Sachsen“ werden Projekte und Maßnahmen unterstützt, die Demokratie und Toleranz fördern. Die Mittel hierzu sind jüngst aufgestockt worden. Darüber hinaus wird das Innenministerium die Aktivitäten auf kommunaler Ebene stärker unterstützen. So ist beispielsweise eine Fachtagung in Chemnitz geplant.</p>
Planungszeiten verkürzen, Transparenz schaffen, Bürokratie abbauen	
<p>Rückkopplung mit Bevölkerung verbessern, Einbeziehung der Bürger vor Ort</p>	<p>Eine stärkere Rückkoppelung mit Bürgern – insbesondere bei Infrastrukturprojekten vor Ort – kann dazu beitragen, verschiedene Interessen frühzeitig einzubeziehen, wichtige Hinweise zu erhalten oder Konflikte frühzeitig auszuräumen. Die Staatsregierung erprobt dabei auch neue Formen der Bürgerbeteiligung. Dazu zählt die öffentliche Online-Anhörung zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplans. Ein weiteres Beispiel ist die Vorbereitung einer Internetplattform, mit der Gesetzesentwürfe der Staatsregierung der Öffentlichkeit kommuniziert werden können. Das ermöglicht eine breite öffentliche Anhörung.</p>

Bürgervorschläge	Position der Staatsregierung
<p>Verwaltungsabläufe optimieren / Verkürzung der Entscheidungswege</p>	<p>Die Staatsmodernisierung ist ein wichtiges Thema in dieser Legislaturperiode. Hierzu gehört auch, Verwaltungsverfahren zu vereinfachen. In der öffentlichen Wahrnehmung hat die Standortdiskussion bzw. das Standortgesetz einen sehr breiten Platz eingenommen und andere wichtige Aspekte wie E-Government, Bürokratieabbau, Senkung von Verwaltungskosten etc. in den Hintergrund gedrängt. Mit dem Maßnahmeplan Staatsmodernisierung sind einige Vorhaben auf den Weg gebracht worden. Hierzu gehören z.B. „Genehmigungsfiktionen“, Aufgabenkritik, Gaststättenrecht, sowie flexiblere und einfachere Planungsverfahren.</p>
<p>Infrastruktur (ländliche Versorgung)</p>	
<p>Aktuellen Zustand aufnehmen, bewerten, daraus Konzepte entwickeln und zusammenführen. Dabei besonders auf Belange älterer Menschen, Jugend, Familienentwicklung und Wahrung von Arbeitsplätzen achten</p>	<p>Die Entwicklung der ländlichen Regionen gehört zu den zentralen Themen der Staatsregierung. Maßnahmen zu besserer medizinischer Versorgung, der Ausbau mit Breitbandinternet oder die Modernisierung von Schulen und Kitas sind Ansätze, um ländliche Regionen attraktiver zu machen. Mit den „Leitlinien Ländlicher Raum“ hat die Staatsregierung im Jahr 2012 ein umfassendes Konzept vorgelegt.</p> <p>In den ländlichen Regionen Sachsens wurden seit 2008 über 6.000 Projekte im Rahmen der „Integrierten Ländlichen Entwicklung“ auf den Weg gebracht. Ein großer Teil entfällt auf Infrastrukturvorhaben, bei denen die Bevölkerungs- und Altersentwicklung berücksichtigt werden. Über 40 Millionen Euro Förderung wurden für die Grundversorgung mit Breitbandinternet zur Verfügung gestellt.</p> <p>Die Förderung ländlicher Regionen ist aktuell noch mal erhöht worden und wird auch ab 2014 fortgesetzt. Auch mit dem Landesverkehrsplan und mit der Finanzierungsverordnung zum Öffentlichen Personennahverkehr werden Voraussetzungen für ein breites Infrastrukturangebot gerade in ländlichen Regionen geschaffen.</p> <p>Das SMUL lädt Teilnehmer des Bürgerkompasses zur jeweiligen Ideenbörse Ländlicher Raum ein.</p>
<p>Dezentralisierung der Behörden hin zu den Bürgern</p>	<p>Das vom Landtag im Jahr 2012 beschlossene Standortgesetz schafft die Grundlage für eine langfristig tragfähige Behördenstruktur in Sachsen. Die Neuordnung von Ämtern und Behörden geschieht aufgrund sinkender Einnahmen (Rückgang der Solidarpaktmittel und EU-Förderung) sowie zurückgehender Bevölkerungszahlen (Prognose des Statistischen Landesamtes).</p>

Bürgervorschläge	Position der Staatsregierung
	<p>Gleichzeitig werden im Rahmen der Staatsmodernisierung die Möglichkeiten ausgebaut, per Internet „auf’s Amt zu gehen“ und online Formulare herunterzuladen oder Anträge zu stellen. Zudem bieten das Internetangebot „Amt24.sachsen.de“ und die deutschlandweit einheitliche Behördenrufnummer D115 die Möglichkeit, viele Fragen online oder telefonisch zu klären. Zusätzlich werden alternative Angebote wie mobile Bürgerservices unterstützt. Konkret sollen unter anderem Verwaltungsdienstleistungen vor Ort mobil angeboten werden.</p>
<p>Wieder- bzw. Neueinrichtung von öffentlichem Nahverkehr</p>	<p>Planung, Organisation und Ausgestaltung des Öffentlichen Nahverkehrs sind Aufgaben der Landkreise und der Kreisfreien Städte (Chemnitz, Dresden, Leipzig). Dabei soll sich das Angebot im ländlichen Raum auch an der Nachfrage und der finanziellen Leistungsfähigkeit orientieren. Über die Prioritäten wird in den jeweiligen Zweckverbandsversammlungen, Kreistagen und Stadträten entschieden.</p> <p>Die ÖPNV-Förderung steigt bis 2014 von 560 Mio. € auf über 586 Mio. €. Die derzeitige Verordnung läuft bis Ende 2014. Die im Rahmen des Doppelhaushaltes 2013/2014 vom Landtag beschlossene Aufstockung der Mittel stärkt ausdrücklich den ÖPNV im ländlichen Raum. Darüber hinaus fördert Sachsen Investitionen im ÖPNV.</p> <p>Die Staatsregierung hat im Dezember 2012 eine Finanzierungsverordnung für den Öffentlichen Personennahverkehr für den Zeitraum 2015-2020 beschlossen, die frühzeitig Planungs- und Finanzierungssicherheit für die Zweckverbände schafft.</p>

Themenfeld Bildung und Erziehung

Bürgervorschläge	Position der Staatsregierung
Personalentwicklung und Materialdeckung / kleinere Klassen, bessere Bedingungen für Lehrer	
Materialbereitstellung erhöhen / Ausstattung der Schulen	<p>Die Staatsregierung wird in Kürze eine Lernmittelverordnung erlassen. Damit werden alle Schulbücher und schulbuchähnlichen Lernmittel für Eltern und Schüler kostenfrei gestellt.</p> <p>Sachsen unterstützt die Kommunen als zuständige Schulträger bei der Umsetzung der Lernmittelfreiheit mit jeweils 5 Mio. Euro in den Jahren 2013 und 2014.</p> <p>Den Schulträgern werden mehr Mittel für den Schulhausbau zur Verfügung gestellt. Bis einschließlich 2016 können durch Mittel des Landes und der Kommunen über eine halbe Milliarde Euro in den Schulhausbau fließen.</p>
Klassen verkleinern	<p>Nach dem Sächsischen Schulgesetz dürfen Klassen nicht mehr als 28 Schüler haben. Diese Obergrenze wird in der überwiegenden Zahl der rund 18.600 Klassen an den 1.365 öffentlichen Schulen in Sachsen nicht erreicht. Aktuell umfassen die Klassen in den verschiedenen Schularten durchschnittlich 19 bis 23,4 Schüler. Vor diesem Hintergrund sieht die Staatsregierung den Bürgervorschlag kritisch.</p> <p>Aber: Die Anzahl der Integrationsschüler ist in den letzten Jahren auf über 6.000 angestiegen. In der Folge wird die Vorschrift (Schulintegrationsverordnung) von einer maximalen Klassenstärke von 25 Schülern bei Aufnahme eines Integrationskindes in 672 Klassen nicht eingehalten. Hier besteht Handlungsbedarf.</p> <p>Im Übrigen hat nach unserer Auffassung die Anzahl der Schüler pro Klasse nur geringen Einfluss auf den Lernerfolg. Dies bestätigt auch die Bildungsforschung. Entscheidend sind vielmehr Wissen, Erfahrung und Persönlichkeit des Lehrers, ein anregender Unterricht und ein stabiles schulisches Umfeld.</p>

Bürgervorschläge	Position der Staatsregierung
<p>Bessere Bedingungen für Lehrer schaffen (gerechte Entlohnung und Ansehen des Lehrers / wirtschaftliche Anreize und Anerkennung des Lehrerberufs)</p>	<p>Ende 2012 wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass ausgebildete Grundschullehrer einheitlich ein Gehalt der Entgeltgruppe E 11 erhalten. Das heißt, ein Teil der Grundschullehrer wird höher eingestuft und erhält mehr Gehalt. Je nach Dienstjahren ist dies monatlich und brutto ein Plus von rund 100 € bis 270 €. Die Gehälter betragen somit je nach Dienstjahren zwischen rund 2.760 und knapp 4.100 € brutto pro Monat.</p> <p>Im Übrigen verhandeln die Länder mit den Gewerkschaften über einen neuen Tarifvertrag. Eine der Forderungen der Gewerkschaften betrifft eine Entgeltordnung für Lehrkräfte. Dabei geht es auch um die Gehaltsstufen für Gymnasiallehrer. Der Ausgang der Tarifverhandlungen sollte abgewartet werden.</p>
<p>Referendaren Stellen anbieten und mehr lokale Auswahl ermöglichen</p>	<p>Diese Forderung wird bereits mit dem neuen Haushalt erfüllt. Die Anzahl der Referendarstellen wurde von rund 1.000 auf 2.050 verdoppelt. Zusätzlich zu den Ausbildungsstätten in Dresden und Leipzig wurden Ausbildungsstätte in Chemnitz und Löbau geschaffen.</p>
<p>Einführung eines bundeseinheitlichen Bildungssystems / Beendigung der Kleinstaaterei im Bildungswesen</p>	
<p>Bundesratsinitiative einbringen, andere Bundesländer gewinnen, intensive Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Industrie- und Handwerkskammern, Wirtschaft</p>	<p>Sachsen setzt auf eine bundesweite Vergleichbarkeit und bundesweit geltende Bildungsstandards. Ziel ist Vielfalt bei gleichen Rahmenbedingungen sowie die Sicherung der Mobilität von Schülern, Eltern und Lehrern. Hierzu haben im Januar 2013 Bayern, Niedersachsen und Sachsen einen Bildungsstaatsvertrag der deutschen Länder vorgeschlagen. Inhaltlich umfasst der Bildungsstaatsvertrag folgende Bereiche:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bildungsstandards etwa für die 4. Klasse, den Hauptschulabschluss, den mittleren Bildungsabschluss und die Hochschulreife, - das Bildungsmonitoring etwa durch die Teilnahme von Schülern an Vergleichsstudien, - die Finanzierung eines Instituts der Länder zur Qualitätssicherung und -entwicklung im Bildungswesen und die Anerkennung von Abschlüssen in der Lehrerausbildung. <p>Darüber hinaus ist Sachsen eines der sechs Länder, in denen ab 2014 gemeinsame Abiturprüfungen durchgeführt werden. Sachsen wird weiter daran arbeiten, vergleichbare Standards in ganz Deutschland einzuführen.</p>

Bürgervorschläge	Position der Staatsregierung
Qualität der Bildung und Erziehung verbessern	
Für qualifiziertes und ausreichendes Erzieher- und Lehrpersonal mit ausgewogener Altersstruktur sorgen / Klärung des Personalproblems	Auch in Sachsen wächst der Bedarf an Lehrern. Deshalb sollen in diesem Jahr in zwei Einstellungsverfahren rund 600 neue Lehrkräfte eingestellt werden. Darüber hinaus werden mit dem Programm „Unterrichtsgarantie“ Ausfälle von Lehrkräften durch Ersatz Einstellungen ausgeglichen, um den Unterrichtsausfall weiter zu mindern. Hierfür stehen 2013 rund 8,1 Mio. Euro an Honorarmittel zur Verfügung.
Bedarfs- und fachgerechte Ausbildung	Die Staatsregierung schafft an den Universitäten Dresden, Leipzig und Chemnitz zusätzliche Studienplätze für Lehramtsstudenten in erheblichem Umfang. Mit rund 2.000 Studienanfängern wurde die Zielgröße von 1.700 bereits erheblich übertroffen. Damit sich diese Entwicklung verstetigt, werden wir unsere Aktivitäten zur Werbung von Lehramtsstudenten und künftigen Lehrern verstärken. Dies erfolgt in Form einer speziellen Kampagne.
Zahl der Schulabbrecher und -schwänzer senken	<p>Die Quote der Schüler ohne Hauptschulabschluss ist in Sachsen mit 9,8 Prozent noch immer vergleichsweise hoch. Darunter sind allerdings auch Förderschüler in den Förderschwerpunkten Lernen und geistige Entwicklung mit entsprechenden Abschlüssen.</p> <p>Als Maßnahmen um diese Quote zu senken sind das Projekt „Produktives Lernen“ (Verlagerung des Unterrichts in die Praxis), Berufseinstiegsbegleiter an Mittelschulen und Förderschulen, das ESF-finanzierte QM-Projekt zur Verbesserung der Lehr- und Lernprozesse sowie Schulverweigererprojekte und Schülercamps zu nennen. Diese Maßnahmen müssen und sollen weitergeführt werden.</p> <p>Aus Sicht der Staatsregierung sind zudem intensivere vorbeugende Maßnahmen in der frühkindlichen Bildung und im Primarbereich, insbesondere in der Schuleingangsphase mit dem Schulvorbereitungsjahr und dem Anfangsunterricht sinnvoll. Hier wollen wir verstärkt ansetzen.</p>